



MAGAZIN



Meinung

**Konstantin Wecker
„Nein“ gegen Rechts**

Thema

Friedensgutachten 2018

Reportage

**Ein Beduinenstamm kämpft
gegen die Vertreibung**

Im Gespräch

**Europa-Aktivistin
Ulrike Guérot**

Was Sie in diesem Heft erwartet

5 Meinung

**Klares „Nein“
gegen Rechts notwendig**



6 Thema

**Kriege ohne Ende.
Mehr Diplomatie –
weniger Rüstungsexporte**



10 Reportage

**Khan al-Ahmar bleibt!
Ein Beduinenstamm
kämpft gegen die
Vertreibung**



14 Im Fokus

16 Im Gespräch

**Ulrike Guérot
„Wir haben in Europa
den Markt, die Währung,
aber keine Solidarität.“**



20 Rätsel & Rezept

22 Kurznachrichten

23 Friedenspolitik

24 Buchempfehlung

25 Stiftung

27 Spenden

Spendenkonto des forumZFD:

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX

Sie möchten das forumZFD unterstützen? Darüber freuen wir uns sehr! Bitte lesen Sie hierzu auch Seite 27 in diesem Heft.

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Kristin Mehler, Thomas Oelerich
Layout und Gestaltung: Sonja Kleffner
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück
Papier: 100 % Recyclingpapier
Fotos ohne Angaben: © forumZFD

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Zeiten der Krise entscheidet sich, ob wir in einer Utopie oder in einer Dystopie herauskommen, sagt die Europa-Aktivistin Ulrike Guérot im Interview für diese Ausgabe.

Das jährliche Gutachten der deutschen Friedensforschungsinstitute unter dem Titel „Kriege ohne Ende“ liefert viele Gründe, eher pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Lesenswert sind daher die Vorschläge aus dem Gutachten für eine alternative Friedenspolitik, die wir in dieser Ausgabe vorstellen.

Mit der drohenden Zerstörung des palästinensischen Dorfes Khan al-Ahmar rückt eine Friedensperspektive im israelisch-palästinensischen Konflikt in noch weitere Ferne. Wir berichten in der Reportage über die Geschichte des Beduinendorfes und den zivilen Widerstand gegen seine Zerstörung.

Schritte in Richtung Utopie statt Dystopie werden von unten erreicht – das zeigt der Etappensieg der Anti-Braunkohle-Proteste am Hambacher Forst (siehe Bildseite), die in den letzten Monaten von vielen Kolleginnen und Kollegen im Friedenshaus Am Kölner Brett aufmerksam verfolgt und aktiv unterstützt wurden.

Viel Freude beim Lesen dieser und weiterer Beiträge wünscht Ihnen Ihr

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation

© Oxfam International CC-BY-NC-ND 2



Zum Titel

Scheinbar unbeschwert spielt ein Junge mit dem Ball vor seinem Haus. Der Himmel strahlt hellblau, und auf den grasbewachsenen Hügeln im Hintergrund grasen Ziegen und Schafe.

Bei näherem Hinsehen ist die Hütte, die ebenso provisorisch zusammengeflickt ist wie der Ball, jedoch nicht nur der Witterung ausgesetzt. Sie steht in Khan al-Ahmar, einem kleinen Beduinendorf im Westjordanland. Der rotbraune Boden, auf dem die Beduinenfamilien ihre Hütten und eine Schule errichtet haben, ist umkämpft: Das Dorf soll weichen, damit die nahe gelegenen israelischen Siedlungen (zusammen-)wachsen können.

Israelische Gerichte haben die Zerstörung von Khan al-Ahmar und die Zwangsumsiedlung seiner Bewohnerinnen und Bewohner legitimiert. Doch das Dorf gibt nicht auf – gemeinsam mit palästinensischer und internationaler Unterstützung kämpft es um sein Bleiberecht. Damit der Junge auch weiter ein Wellblechdach über dem Kopf hat und auf dem rotbraunen Boden Ball spielen kann.

Siehe auch Reportage auf S. 10–13.

In eigener Sache

Friedensgrüße zu Weihnachten

„Stell dir vor, alle Menschen lebten ihr Leben in Frieden. Du wirst vielleicht sagen, ich sei ein Träumer, aber ich bin nicht der Einzige. Ich hoffe, eines Tages wirst auch du eine/r von uns sein und die ganze Welt wird eine Einheit.“

Mit diesen Worten von John Lennon aus seinem Song „Imagine“ senden wir unsere diesjährigen Weihnachtsgrüße aus. Das abgebildete Motiv der Taube als Symbol des Friedens und der Hoffnung stammt von einer Wandmalerei im Libanon, die unser Vorstandsmitglied Peter Tobiassen bei einer Reise in unsere Programmregion entdeckt hat. Die Hoffnung der Menschen in der Region auf ein friedliches Zusammenleben inspiriert und motiviert immer wieder unsere eigene Arbeit.

Die Weihnachtskarte ist nach links aufklappbar, und im Innenteil ist viel Platz für Ihre persönlichen Weihnachts- und Neujahrsgrüße. Die Karte ist auf stabilem und umweltfreundlichem Recycling-Papier gedruckt und wird mit passendem bedruckten Versandumschlag geliefert.



Sie können unsere Weihnachtskarte (inklusive passendem Umschlag) ab sofort bei uns bestellen.

1 Stück = 1,50 €	(jeweils zzgl.
10 Stück = 12,00 €	Versandkosten, ab 30,00 €
25 Stück = 25,00 €	versandkostenfrei)

Bestellung:

forumZFD, Am Kölner Brett, 50825 Köln
www.forumZFD.de/weihnachtskarten
 Telefon: 0221 – 91 27 32-0
 E-Mail: kontakt@forumZFD.de

Seminare und Weiterbildungen 2019

Die neue Website unserer Akademie für Konflikttransformation ist online! Gleichzeitig ist das Jahresprogramm für 2019 erschienen. Interessierte an der Friedens- und Konfliktarbeit können sich ab sofort für die Vollzeit-Weiterbildung im Frühjahr 2019 bewerben. Die Bewerbungsphase für die berufsbegleitende Weiterbildung läuft noch bis 15. November 2018. Neben fachlichen Seminaren und Online-Seminaren informieren und beraten wir Berufsanfänger und Quereinsteigerinnen in unserem Orientierungsseminar über das Arbeitsfeld, die Voraussetzungen und Ausbildung.



www.forumZFD-akademie.de



Klares „Nein“ gegen Rechts notwendig

von Konstantin Wecker



„(...) Man darf sich den Kampf gegen Nazis, Rassisten und Rechtspopulisten nicht zu einfach vorstellen, nur weil diese formal derzeit nicht an der Macht sind. Rechtsextreme üben Druck aus, greifen nach Macht und Einfluss auf allen Ebenen: auf den Straßen, in den Kneipen, im Internet wie in der großen Politik. Wer, wie ich es öfter getan habe, in Dresden gegen Nazi-Aufmärsche demonstriert, kann mitunter erleben, wie die Polizei tapfer und entschlossen einschreitet – auf der Seite der Nazis, die den öffentlichen Raum ja rechtmäßig ‚gemietet‘ haben. Rechte regieren indirekt schon jetzt überall mit, wo die etablierte Politik ihnen aus taktischen Gründen ein Stück entgegenkommt: um ihnen ‚den Wind aus den Segeln zu nehmen‘, ihnen ‚keine Steilvorlage zu geben‘ oder sie ‚aus den Parlamenten draußen zu halten‘. Wer aber mit Nazis in puncto Unmenschlichkeit Kompromisse schließt, hat schon ein Stück seiner selbst und jener Kultur preisgegeben, die in der Nachkriegszeit nicht umsonst sehr hellhörig gegenüber allem gewesen ist, was nach Rassismus und Fremdenfeindlichkeit riecht. Wer sich gegen Nazis klar in Stellung bringt, kann in Auseinandersetzungen verlieren; wer ihnen gegenüber jedoch von vornherein Boden preisgibt, indem er zum Beispiel immer härtere Maßnahmen gegen Flüchtlinge fordert, anstatt diesen ohnehin geschundenen Menschen großherzig zu helfen, der hat schon verloren.

(...) Mir graut vor einem Deutschland, in dem sich Terrorfurcht, Flüchtlingszustrom und die zunehmende Enttabuisierung rechter Diskurse zu einem explosiven Gemisch hochschaukeln. Vor einem Land, in dem man Krieg führt gegen den Hass, um dann verwundert mit anzusehen, wie sich aus Krieg neuer Hass gebiert. In dem man ein mörderisches Weltwirtschaftssystem unterstützt, das das Leben für die Menschen im Süden unerträglich macht, um dann entrüstet festzustellen, dass diese Menschen irgendwann aus purer Verzweiflung zu uns kommen.

Am Ende wird das Meinungsklima in Deutschland dermaßen vergiftet sein, dass sich die Menschlichkeit gegenüber der Unmenschlichkeit rechtfertigen muss – wie es heute schon teilweise der Fall ist, wenn Pressezyniker gegen ‚Gutmenschen‘ und ‚Versteher‘ geifern. Wenn man keinen Artikel mehr posten kann, der um Verständnis für Flüchtlinge wirbt, ohne dass einen Think-Tank-geschulte Recht(s)haber belehren, Mitgefühl ohne Vernunft sei doch eher schädlich. Und ohne dass braune Pöbler einen auf Facebook kampagnenartig beschimpfen und bedrohen. Als seien einfache ethische Grundsätze – Menschen aller Hautfarben sind von gleichem Wert und Hilfsbedürftigen muss man helfen – nur überholte Marotten von ein paar ‚Alt-68ern‘. Ich habe wirklich schon einiges mitgemacht

in 40 Jahren aktivem Antifaschismus, aber ein solch geballter Dummheitssturm, eine solch epidemische Bösartigkeit ist auch für mich neu. Mehr und mehr kann ich die Gefühlslage Thomas Manns nachvollziehen, der im Exil seine ‚Trauer über den Abfall der Epoche vom Humanen‘ zum Ausdruck brachte. (...)

Man kann Angst bekommen, ja, aber man darf sich von dieser Angst auch nicht lähmen lassen, darf nicht nachlassen, den Nazis und Rassisten immer wieder ein klares ‚Nein‘ entgegenzuschreiben: auf Straßen und Plätzen, im Internet, in Büchern, Gedichten und Liedern. Auch im Freundes- und Familienkreis, wo sich der derzeitige ‚Rechtsruck‘ oft am schmerzlichsten bemerkbar macht, weil scheinbar Verlässliches auf einmal zu bröckeln beginnt. Verständnis für die soziale Situation des nach rechts Abgedrifteten, für die psychopathologische Entstehungsgeschichte seiner Fremdenangst dürfen wir durchaus aufbringen. (...)

Aber psychologisches Verstehen darf nie so weit führen, dass wir uns mit den Gemeingefährlichen gemeinmachen. (...)

Bereits vor drei Jahren schrieb der Künstler und Musiker Konstantin Wecker in einem Nachwort des von ihm herausgegebenen Buches „Mein Kampf – gegen Rechts“ folgende Gedanken auf, die heute – nicht zuletzt nach den Geschehnissen in Chemnitz – aktueller denn je sind.

Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte

Das Friedensgutachten 2018



Das Friedensgutachten 2018 konstatiert mehr Kriege, mehr Krisen und eine abnehmende Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, Frieden und Sicherheit in der Welt zu gewährleisten. Es ruft die Bundesregierung auf, verstärkt ihren diplomatischen Einfluss geltend zu machen, um regionale Konflikte zu schlichten, multilaterale Strukturen zu stärken und denjenigen Staaten entschlossen entgegenzutreten, die die liberale Weltordnung gefährden. Wir dokumentieren Auszüge aus der Stellungnahme der Herausgebenden.

Der anhaltende Krieg und die humanitäre Katastrophe im Jemen finden in den Medien kaum Beachtung. Die Bundesregierung lieferte im September erneut Waffen an Saudi-Arabien, eine der Kriegsparteien, und brach damit den eigenen Koalitionsvertrag.

Von einer stabilen und gerechten Friedensordnung ist die Welt gegenwärtig weit entfernt. Die Kriege etwa im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika fordern Tausende Opfer und zwingen Menschen zur Flucht. Die gemeinsame Sorge für den Frieden auf dem Wege der internationalen Zusammenarbeit – beispielsweise in den Vereinten Nationen (UN) – wird von Konflikten überschattet. Von Deutschland und der Europäischen Union sind deshalb verstärkte Anstrengungen nötig, um Frieden in der Welt herzustellen und zu erhalten.

2017 war ein Jahr der Krisen und eskalierenden Konflikte: Der Krieg in Syrien wird mit immer größerer Härte geführt, er zieht die Nachbarländer in Mitleidenschaft, und Staaten und nichtstaatliche Gruppen sind über Grenzen hinweg beteiligt. Die völkerrechtswidrige Intervention der Türkei in Afrin ist dafür nur das jüngste Beispiel. Bürgerkriege halten in Ländern wie dem Jemen, Afghanistan, Mali, Somalia, Südsudan oder dem Kongo unvermindert an. Trotz einiger Zeichen der Annäherung schwelt auch der Konflikt zwischen den USA und Nordkorea weiter. Gleichzeitig droht das Abkommen über die friedliche Nutzung von Kernenergie, das die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und Deutschland mit dem Iran erfolgreich geschlossen haben, unter dem Druck der neuen US-Administration zu zerbrechen. In der derzeit gefährlichsten Konfliktregion Naher und Mittlerer Osten, aber nicht nur dort, ist der UN-Sicherheitsrat durch die Konfrontation zwischen dem Westen und Russland blockiert. Vor diesem Hintergrund ist es nötig, dass Deutschland seine Friedenspolitik neu justiert und entschlossen umsetzt.

Europäische Friedensordnung in der Sackgasse

Die sicherheitspolitische Lage in Europa bleibt angespannt: Russland macht wenig Anstalten, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim oder die Unterstützung der Separatisten im Osten der Ukraine zu revidieren. Von den Grundprinzipien der Charta der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von Paris (1990) hat sich Russland immer weiter entfernt. Präsident Erdogan höhlt in der Türkei die Gewaltenteilung aus und greift massiv in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Auch in Ungarn oder Polen, wenn auch in geringerem Maße, gerät die liberale Demokratie unter Druck. Diese Staaten verletzen damit die Europäische Menschenrechtscharta und geltende EU-Verträge.

Aus einem schwierigen Miteinander ist ein Gegeneinander geworden. Dies zeigt sich in der Schwächung gemeinsamer Institutionen: OSZE und Europarat sind im Bereich der Menschenrechts- und Demokratieförderung immer weniger handlungsfähig. Die OSZE ist zwar bei der Sicherheitsvorsorge im Aufwind, insbesondere durch ihre Aufgabe in der Ostukraine, aber sie kann den erstarkenden Spannungen zwischen EU und NATO auf der einen



Die EU hält im Gegensatz zu US-Präsident Trump bislang am Iran-Abkommen aus dem Jahr 2015 fest. Das empfehlen auch die Friedensforscherinnen und -forscher in ihrem Gutachten.

und Russland auf der anderen Seite nur wenig entgegenzusetzen. Der Aufbau von Verteidigungskapazitäten bei EU und NATO findet statt, ohne dass die Auswirkungen auf die gesamteuropäische Friedensordnung mitgedacht werden. Dies macht eine entschlossene Dialoginitiative im Rahmen der OSZE notwendig. Zu fundamental sind die Differenzen, als dass die 2010 in Astana formulierte Vision einer „euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft“ in naher Zukunft erreichbar ist. Zunächst muss das Eskalations- und Konfliktniveau gesenkt werden und die pragmatische Kooperation dort beginnen, wo gemeinsame Interessen vorliegen, um auf lange Sicht wieder grundlegende Fragen europäischer Sicherheit und Ordnung adressieren zu können. Wir plädieren für einen Aushandlungsprozess mit langem Atem, der jetzt hilft, Krisen zu deeskalieren, und der gleichzeitig Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als Elemente einer Friedensordnung wieder stärken soll. Die Entspannungspolitik in Zeiten des Ost-West-Konflikts setzte darauf, gemeinsame Sicherheitsinteressen zu betonen. Fortschritte bei den Menschenrechten und Grundfreiheiten, bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurden durch den Anreiz wirtschaftlicher Kooperation erzielt. Analog ließen sich auch heute mit Blick auf Staaten jenseits der EU konkrete Visa- und Handelserleichterungen sowie belastbare Perspektiven auf Assoziierung eröffnen, die mit substanziellen Finanzhilfen versehen werden, um soziale Unwuchten aufzufangen.

Atomwaffenverbot unterstützen

Der Beschluss von 122 UN-Mitgliedern für ein vollständiges Atomwaffenverbot vom 7. Juli 2017 ist ein klares Votum für eine tiefgreifende nukleare Abrüstung. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) unterstreicht den weltweiten Wunsch, den Einsatz von Nuklearwaffen zu verhindern und diese Waffenkategorie

zu ächten. Erstmals liegt damit ein internationales Abkommen vor, das den Besitz, die Stationierung und den Einsatz von Kernwaffen verbietet. Der Ban Treaty sieht vor, die bestehenden Kernwaffenarsenale inklusive der militärrelevanten Produktionsanlagen vollständig zu eliminieren. Er wurde mittlerweile von 58 Staaten unterzeichnet und bereits von 9 Staaten ratifiziert (Stand Mai 2018) und wird 90 Tage nach der Ratifizierung durch 50 Staaten in Kraft treten.

Die Bundesregierung lehnt den Vertrag ab, da die nukleare Abschreckung Russlands die Stationierung US-amerikanischer Kernwaffen in Deutschland erfordere. Dies läuft dem Bemühen entgegen, das unersetzliche INF-Abkommen von 1987 zu bewahren, das die Abschaffung aller US-amerikanischen und russischen landgestützten, nuklearen Mittelstreckenwaffen zum Gegenstand hat. Mit der Entwicklung kleinerer, „flexibler“ einsetzbarer Sprengköpfe entfernen sich die USA vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt, für dessen Ankündigung dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama 2009 der Friedensnobelpreis verliehen wurde. In seiner Rede am 1. März 2018 stellte Präsident Putin wiederum neue nukleare Trägersysteme vor, die ebenfalls die nukleare Rüstungskontrolle untergraben können.

Langfristig lässt sich die Teilhabe Deutschlands an den Nuklearwaffen der USA nicht mit dem Geist seiner Verpflichtung vereinbaren, auf Nuklearwaffen zu verzichten. Das gilt erst recht für eine Modernisierung der US-Nuklearwaffen oder gar weitere Stationierungen auf deutschem Boden. Deutschland sollte Verhandlungen mit den USA führen, um den Abzug dieser Waffen zu erwirken.



Friedensgutachten 2018

Das Friedensgutachten wird von vier deutschen Friedensforschungsinstituten herausgegeben: Bonn International Center for Conversion (BICC),

Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Institut für Entwicklung und Frieden (INEF). Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Fachgebieten untersuchen darin internationale Konflikte aus einer friedensstrategischen Perspektive und geben klare Empfehlungen für die Politik.

www.friedensgutachten.de

Rüstungsexporte endlich restriktiv ausrichten

Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist weder restriktiv noch friedenspolitisch sinnvoll. Waffenexporte an Staaten wie Saudi-Arabien oder Ägypten, die im Jemen massiv das humanitäre Völkerrecht verletzen, stehen im Widerspruch zum Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty) und zum Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten. Deutschland unterläuft, wie auch andere EU-Mitglieder, mit seinen Rüstungsexporten an diese Staaten die selbst gesetzten Standards.

Die Bundesregierung genehmigte 2017 Rüstungsexporte im Wert von 6,2 Mrd. €, 61 % davon an Drittstaaten außerhalb der NATO und der EU. Darunter sind zahlreiche problematische Empfängerstaaten. Besonders besorgniserregend sind die hohen Genehmigungsraten für Saudi-Arabien. Dessen Luftangriffe im Jemenkrieg treffen viele zivile Einrichtungen. Die von Riad organisierte völkerrechtswidrige Seeblockade trägt maßgeblich zur humanitären Katastrophe bei. Die im März 2018 im Koalitionsvertrag festgehaltene Aussage, dass die Bundesregierung keine Rüstungsexporte in Länder genehmigen werde, solange diese unmittelbar am Jemenkrieg beteiligt sind, führte die Ausfuhrgenehmigung für acht Patrouillenboote für Saudi-Arabien kurz vor Amtsantritt der neuen Großen Koalition ad absurdum.

Deutschland liegt auch bei Kleinwaffenexporten weltweit in der Spitzengruppe. Ob diese Waffen beim Empfängerstaat verbleiben, ist besonders schwer zu kontrollieren; und sie dienen Kriegsparteien in besonderem Maße dazu, Waffenstillstandsabkommen zu torpedieren. Laut Koalitionsvertrag sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr an Drittstaaten geliefert werden. Das begrüßen wir. Allerdings sieht die Bundesregierung Ausnahmen vor.

Um die politischen Hürden möglichst hoch zu legen, fordern wir, dass die Bundesregierung derartige Ausnahmen explizit begründet und im Bundestag zur Debatte stellt. Selbst nach dem Einmarsch der türkischen Armee in Afrin, u. a. mit Leopard-Panzern aus deutscher Produktion, genehmigte die Bundesregierung Rüstungsgüter für die Türkei im Wert von knapp 4,4 Mio. €. Dies ist angesichts der völkerrechtswidrigen Intervention nicht vertretbar. Die Bundesregierung sollte ein restriktives Kontrollgesetz vorlegen, das Rüstungsexporte von dem Nachweis abhängig macht, mit Blick auf die Verletzung von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht unbedenklich zu sein. Unverzüglich muss sie bereits jetzt alle erteilten Genehmigungen für Rüstungsexporte an die Staaten, die im Jemen Krieg führen, widerrufen. Auch der NATO-Partner Türkei darf keine Rüstungsgüter erhalten, solange die Armee Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Nachbarschaft oder im eigenen Land führt.

Friedenspolitische Herausforderungen: Flucht und Migration

Obwohl die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland deutlich zurückgegangen ist, bleiben Flucht und Migration zentrale Herausforderungen. Denn Konflikte um die Flüchtlingspolitik bedrohen den gesellschaftlichen Frieden: Fremdenfeindliche Gewalt hat im Zuge des dramatischen Fluchtgeschehens drastisch zugenommen. Abwertende und feindselige Einstellungen gegenüber Minderheiten nehmen zu. Islamfeindlichkeit ist auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft hoffähig geworden und erschwert die Integration von Flüchtlingen und Migranten. Dabei spielt ein Argument eine wichtige Rolle, das wir besonders kritisch sehen: Flüchtlinge und Migranten würden die Gefahr des Terrorismus erhöhen.

Abgesehen davon, dass damit eine Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht gestellt und Ressentiments gegenüber Fremden geschürt werden, ist die These unhaltbar. Auch wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass

gewaltbereite Kämpfer als Flüchtlinge getarnt nach Europa gelangen, spielt Flucht im Vergleich zu anderen Faktoren eine untergeordnete Rolle für die Entstehung von Terrorismus. Die überwiegende Zahl derjenigen, die sich an Terroranschlägen in Europa beteiligt haben, sind Bürger europäischer Staaten in zweiter oder dritter Generation. Gründe für ihre Radikalisierung müssen in ihren Lebensbedingungen, Zukunftsperspektiven und Beteiligungsmöglichkeiten in den europäischen Gesellschaften selbst gesucht werden. Um der Radikalisierung von Flüchtlingen vorzubeugen, müssen die Integrationsanstrengungen verstärkt, ein Einwanderungsgesetz verabschiedet und der Familiennachzug erleichtert werden. Diskriminierung, Ausgrenzung und Erniedrigung sind Faktoren, die Radikalisierung befördern. Anerkennung und Wertschätzung können dem entgegenwirken. Familiäre, gesellschaftliche und gesellschaftliche Strukturen können das Abdriften junger Männer in den Extremismus verhindern. Ein erleichterter Familiennachzug, auch für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz, ist nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch sicherheitspolitisch geboten.

Empfehlungen des Friedensgutachtens

1 Europäische Friedensordnung wiederherstellen

Wir brauchen ein aktives Konfliktmanagement in Europa. Dazu ist ein gesamteuropäischer Diskurs notwendig, der die europäische Friedensordnung mittelfristig wieder auf ihre normativen Grundlagen wie Demokratie und Menschenrechte hin ausrichtet.

2 Aufkündigung des Iranabkommens geschlossen beantworten

Vertrauen in verlässlichen Multilateralismus ist eine Stütze globaler Friedenspolitik. Die Bundesregierung muss gemeinsam mit ihren Partnern Strategien ausloten, wie sich der Schaden des US-Vorgehens für die internationalen Beziehungen begrenzen lässt.

3 Rüstungsexporte endlich restriktiv ausrichten

Die Bundesregierung sollte ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen. Genehmigungen für Exporte an Kriegsparteien im Jemen müssen widerrufen werden. Lieferungen an die Türkei sind zu unterbrechen, solange diese völkerrechtswidrig agiert.

4 Intervention in Afghanistan evaluieren

Das deutsche Afghanistan-Engagement muss entwicklungs-, friedens- und sicherheitspolitisch evaluiert werden. Angemessenheit und Wirkungen militärischer und ziviler Maßnahmen gehören auf den Prüfstand, ebenso ressortübergreifende Kohärenz.

5 Militärische Interventionen und Stabilisierungsmaßnahmen prüfen

Die Stabilisierungsmaßnahmen im Irak sollten ausgesetzt werden. In Mali sollte die Sicherheit der Bevölkerung anstelle von

Terrorbekämpfung und Grenzsicherung im Vordergrund stehen.

6 Proaktivere diplomatische Rolle im Nahen und Mittleren Osten

Deutschland sollte seine Netzwerke in der Region noch stärker nutzen, um Gesprächskanäle zwischen verfeindeten Gruppen zu öffnen und eine moderierende Rolle einnehmen.

7 Beteiligung an möglichen UN-Friedensoperationen vorbereiten

Wenn in einem der Kriege im Nahen und Mittleren Osten ein verlässliches Waffenstillstands- oder gar Friedensabkommen gelingt, sollte sich Deutschland an multilateralen Stabilisierungsmissionen mit UN-Mandat beteiligen.

8 Fluchtursachenbekämpfung nicht auf Kosten der Menschenrechte

Die EU und Deutschland dürfen „Migrationspartnerschaften“ mit

autoritären Ländern wie Ägypten, Äthiopien, Libyen oder dem Tschad nicht länger betreiben, ohne die Folgen für den Schutz der Menschenrechte systematisch zu berücksichtigen.

9 Kein Schlingerkurs gegenüber der Türkei

Die deutsche Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der Türkei darf mit der Freilassung eigener Staatsbürger nicht verstummen. Nicht nur die Verletzung des humanitären Völkerrechts, auch die völkerrechtswidrige Intervention in Afrin muss Berlin verurteilen.

10 Flüchtlings- und Migrationspolitik gestalten

Der Bundestag sollte ein Einwanderungsgesetz zur fairen Regulierung von Migration beschließen, das den Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden nicht beeinträchtigt. Integration und Familiennachzug sind humanitär geboten, sie liegen im deutschen Interesse.

Khan al-Ahmar bleibt!

Ein Beduinenstamm kämpft gegen die Vertreibung

von Kristin Mehler

Das kleine Beduinendorf Khan al-Ahmar hat in den letzten Monaten international große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Gelegen in einem strategisch wichtigen Gebiet zwischen Ost-Jerusalem und israelischen Siedlungen kämpft es gegen seine Zerstörung und Zwangsumsiedlung. Auch der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Israel Anfang Oktober blieb von der Situation in Khan al-Ahmar nicht unberührt.

Etwa acht Kilometer östlich von Jerusalem an der Straße nach Jericho tauchen im Schutz der rotbraun gefärbten Kalksteinberge ein paar Wellblechdächer und provisorisch zusammengezimmerne Hütten auf. Khan al-Ahmar – die „rote Herberge“ – heißt das kleine Beduinendorf. Sein Namensgeber war

ein Gasthaus, das im 13. Jahrhundert auf den Ruinen eines Klosters hier errichtet worden war.

Die 32 Familien, die hier leben, gehören zum Beduinenstamm der Jahilin. Ursprünglich lebten sie in der Gegend Tel Arad im Negev. Hier zogen sie als Nomaden, als Hirten mit ihren Schafherden durchs Land. Die Staatsgründung Israels 1948 hatte auch Auswirkungen auf das Leben der Beduinen: Schon kurze Zeit darauf mussten sie ihre Heimat verlassen. 1952 erreichten sie Khan al-Ahmar. Zu dieser Zeit stand das Westjordanland noch unter jordanischer Verwaltung. Die Jahilin begannen, sich eine neue Bleibe zu errichten. Je nach Jahreszeit und Wetterbedingungen hielten sie sich mit ihren Tieren mal auf den umliegenden Hügeln, mal weiter im Tal auf. Es gab Quellen, über die sie

sich mit Wasser und Salz versorgen konnten. Der Sechstagekrieg 1967 veränderte ihre Lebensumstände ein zweites Mal: Israel besetzte das Westjordanland, ohne Khan al-Ahmar als bewohntes Gebiet anzuerkennen.

Seitdem kämpft der kleine Beduinenort um seine Existenz. Er liegt in der Zone C der besetzten palästinensischen Gebiete und unterliegt der israelischen Militäradministration. Zudem befindet sich Khan al-Ahmar auf einem Landstück, das Israel zur Erweiterung der nahe gelegenen Siedlungen Kfar Adumim (2 km entfernt im Norden) und Ma'ale Adumim (im Südwesten, angrenzend an Ost-Jerusalem) vorgesehen hat. Nach und nach wurden deshalb bereits drei von vier Dörfern des Jahilin-Stamms zwangsumgesiedelt, die sich ebenfalls in der Gegend niedergelassen hatten.

© Combatants for Peace



Khan al-Ahmar mit seinen Wellblechhütten liegt ohne Anschluss an Strom und fließendes Wasser inmitten der steinigen Kalkhügel. Einige Kilometer weiter floriert die israelische Siedlung Ma'ale Adumim mit begrünten Gärten, sauberen Straßen und modernen Häusern.

Bild links: © Combatants for Peace / Bild rechts: © Webs That Sell, flickr, CC BY-NC 2.0

Unter schlechten Bedingungen leben heute 50 Familien in Al-Jabal nahe der palästinensischen Stadt Abu Dis, zwischen Ost-Jerusalem und Ma'ale Adumim. Direkt neben Al-Jabal befindet sich eine Müllhalde, Platz für Schafe und Ziegen und die traditionelle Lebensweise der Beduinen gibt es hier nicht. In den ersten Jahren waren die Familien in Frachtcontainern untergebracht, ohne Zugang zu Strom und fließendem Wasser. Die neue Situation zwang sie zu einem Lebenswandel: Heute bestreiten sie als Hilfs- oder Bauarbeiter in den umliegenden Ortschaften und israelischen Siedlungen ihren Lebensunterhalt.

Die etwa 180 Menschen aus Khan al-Ahmar, 92 von ihnen sind Kinder und Jugendliche, sollen nun ebenfalls dem israelischen Siedlungsbau weichen. Das betrifft auch die Schule, die mithilfe der italienischen Organisation Vento Di Terra und weiterer Freiwilliger 2009 gebaut wurde. Das Gebäude wurde aus Lehm und alten Autoreifen gebaut und hat sieben Klassenzimmer. Mehr als 150 Kinder zwischen 5 und 16 Jahren lernen hier, etwa die Hälfte von ihnen kommt aus umliegenden Dörfern. Mit der Zerstörung von Khan al-Ahmar und der Schule würden sie ihre einzige Möglichkeit der schulischen Bildung verlieren.

Khan al-Ahmar ist nicht das einzige Dorf in der Zone C, das von der Zerstörung durch israelische Behörden bedroht wird. Laut Amnesty International wurden seit 1967 über 50.000 palästinensische Häuser und Strukturen zerstört und zwangsumgesiedelt. Die Vereinten Nationen sehen aktuell Khan al-Ahmar und 17 weitere Beduinen-Gemeinden in der Gegend um Ost-Jerusalem der Gefahr einer Zwangsumsiedlung ausgesetzt, da sie in oder in unmittelbarer Nähe von Gebieten liegen, die Israel für den Bau oder die Erweiterung israelischer Siedlungen vorgesehen hat. Die israelische Seite rechtfertigt die Zerstörung damit, dass die Unterkünfte illegal, also ohne Baugenehmigung, aufgestellt wurden. Für Palästinenserinnen und Palästinenser ist es jedoch quasi unmöglich, eine Baugenehmigung von der israelischen Militärverwaltung zu bekommen. Dass der Bau von Siedlungen auf besetztem Land nach internationalem Recht ebenfalls illegal ist, streitet Israel ab.

Nach internationalem Recht und der Vierten Genfer Konvention steht die Bevölkerung eines besetzten Gebietes unter dem Schutz ihres Besitzers: Die Menschenrechte müssen respektiert und das Wohlbefinden der Menschen gewahrt werden. Die Zerstörung von Eigentum durch die Besatzungsmacht ist ein Bruch der Genfer Konvention und kommt einem Kriegsverbrechen gleich.

Mehrmals in den letzten Jahren wurden bereits Unterkünfte in Khan al-Ahmar zerstört – und jedes Mal wieder aufgebaut. Seit Mai spitzt sich die Lage weiter zu. Mehrere Anträge und Petitionen, Versuche, die Zerstörung aufzuhalten, hat das Oberste Gericht in Israel abgewiesen. Am 24. Mai genehmigte das Gericht die Zwangsumsiedlung. Damit war die letzte Hürde für die Räumung Khan al-Ahmars aus dem Weg geräumt.



In einem Interimsabkommen 1995 wurden das Westjordanland und der Gazastreifen in drei Zonen eingeteilt, in denen die palästinensische Autonomiebehörde und das israelische Militär jeweils eigene Befugnisse haben. Zone A steht unter der Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und besteht aus den größeren Städten und Gaza. Zone B setzt sich vor allem aus ländlichen Gemeinden und Dörfern zusammen. Hier hat die PA die administrative und Israel die Sicherheitskontrolle. Zone C (62 % des Westjordanlands) steht vollständig unter israelischer Kontrolle.



Die Zonen A und B (rot eingefärbt) bilden schon seit längerem kein zusammenhängendes Gebiet mehr

© TUBS, Wikipedia, CC BY-SA 3.0

Am 4. Juli begann der Bau einer befestigten Zufahrtsstraße nach Khan al-Ahmar, um die Anfahrt für schweres Gerät zu ermöglichen. Die Menschen protestierten, dabei wurden 11 Demonstrierende festgenommen, vier Menschen kamen verletzt ins Krankenhaus. Israelische Polizei und Sicherheitskräfte zogen ihre Konsequenzen: Während der weiteren Bauarbeiten durften die Anwohnerinnen und Anwohner ihre Behausungen nicht mehr verlassen.



Viele Menschen protestieren in Khan al-Ahmar gegen die Zerstörung des Dorfes.

Gleichzeitig wurden weitere Einsprüche und Petitionen gegen das Gerichtsurteil eingereicht. Einige verlangten, dass die Genehmigung der Zerstörung aufgehoben würde. Andere forderten einen Aufschub, bis ein anderer, adäquater Ort zum Leben gefunden wäre. Dies bewirkte immerhin, dass das Gericht eine Unterlassungsverfügung aussprach. Am 11. September jedoch zerschlugen sich auch diese Hoffnungen: Das Gericht lehnte alle Petitionen und Einsprüche ab. Damit endete die Unterlassungsverfügung des Obersten Gerichts in Israel, die die Zerstörung des Ortes Khan al-Ahmar und die Zwangsumsiedlung seiner Bewohnerinnen und Bewohner für einige Zeit verhindert hatte.

Die Solidarität mit den Familien aus Khan al-Ahmar wuchs. Noch in der Nacht des 11. Septembers machten sich etwa hundert Aktivistinnen,

palästinensische und internationale Unterstützer und Journalistinnen auf den Weg nach Khan al-Ahmar. Es gibt regelmäßige Treffen, Kundgebungen und Demonstrationen, um die Zerstörung aufzuhalten. Sogar das Bildungsministerium der Palästinensischen Autonomiebehörde hielt zum Zeichen der Solidarität eins seiner wöchentlichen Meetings im Begrüßungszelt in Khan al-Ahmar ab.

Einige Aktivistinnen und Aktivisten errichteten ein Protestcamp direkt neben Khan al-Ahmar. Vier oder fünf Bretterbuden aus Holz und Wellblech bildeten eine eigene kleine Nachbarschaft zwischen Khan al-Ahmar und der israelischen Siedlung Kfar Adumim. Der Grund und Boden sei palästinensischer Privatbesitz, erklärte die Aktivistengruppe. Die israelische Polizei vor Ort schaute zunächst untätig zu. Zwei Tage später wurde das Camp zerstört.

Auch Mitglieder der Combatants for Peace und anderer Organisationen sind vor Ort. Seit mehreren Monaten arbeitet die Jerusalem-Jericho-Gruppe der Combatants mit der beduinischen Gemeinde in Khan al-Ahmar zusammen. Bereits am 11. Juli nahmen sie an einem Meeting in der Schule teil, um deren Zerstörung zu verhindern. Hier waren auch hochrangige Vertreter der palästinensischen Regierung anwesend.

Am 23. September teilten die israelischen Behörden den Menschen in Khan al-Ahmar mit, dass sie den Befehl zur Zerstörung gemäß dem Richterspruch ausführen werden, wenn sie nicht innerhalb einer Woche freiwillig ihre Sachen packen und die selbst erbauten Hütten verlassen würden. Die Frist verstrich am 1. Oktober. Seitdem werden täglich die Bulldozer erwartet.

Während des Besuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Israel Anfang Oktober wurde die Zerstörung offiziell „aus diplomatischen Gründen“ noch einmal ausgesetzt.



Die Combatants for Peace sprachen auch mit Mustafa Barghouti (rechts im Bild), ein bekannter palästinensischer Politiker, Arzt und Bürgerrechtler, der im Vorstand zahlreicher palästinensischer Nichtregierungsorganisationen aktiv ist.

Die israelisch-palästinensische Bewegung Combatants for Peace ist langjährige Partnerorganisation des forumZFD. Als ehemalige Kämpferinnen und Kämpfer beider Seiten haben sie sich zusammengeschlossen und setzen sich gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben und Ende der Besatzung ein.

Am 2. Oktober wandten sich die Combatants for Peace in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der eindringlichen Bitte, sich während der Regierungskonsultationen in Israel für einen Stopp der Zerstörung Khan al-Ahmars einzusetzen.



Kinder und Jugendliche in Khan al-Ahmar bitten die deutsche Kanzlerin um Unterstützung.

alle Bilder auf Seite 12: © Combatants for Peace

Bild rechts: © Combatants for Peace

Bereits im Juli hatte das Auswärtige Amt in einer Pressemitteilung die israelische Regierung aufgerufen, die Räumung und Umsiedlung von Khan al-Ahmar zu unterlassen.

Internationale Organisationen schalteten sich ein: Am 30. September führten Amnesty International und die Organisation Jewish Voice for Peace einen Twittersturm auf das Profil einer Abteilung des israelischen Verteidigungsministeriums (COGAT) durch. COGAT ist verantwortlich für Aktivitäten der Regierung in den besetzten palästinensischen Gebieten. Ziel war, über Twitter eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und diese auf die geplante Zerstörung am 1. Oktober aufmerksam zu machen. Das Internationale Rote Kreuz äußerte sich ebenfalls und verurteilte die geplante Zerstörung.

„Es ist eindeutig, dass die Vertreibung ein Versuch der israelischen Regierung ist, eine jüdisch kontrollierte, territoriale Verbindung zwischen Jericho und Jerusalem herzustellen. Seit 20 Jahren wurde kein vollständiges Dorf umgesiedelt, und wir müssen uns gemeinsam mit all unserer Kraft dagegen stellen und einen Präzedenzfall verhindern, auf den noch viele weitere folgen könnten“, sagten Mitglieder der Combatants for Peace.

Es geht also noch um weit mehr als das Auslösen eines Dorfes: Die Umsiedlung palästinensischer Familien aus Zone C in andere

Bereiche des Westjordanlands trägt seit Jahrzehnten zu einer Zerstückelung der Palästinensischen Gebiete bei. Khan al-Ahmar nimmt hierbei eine strategische Schlüsselrolle ein. Wird das Dorf tatsächlich zerstört und werden die Siedlungen Kfar Adumim und Ma'ale Adumim erweitert und verbunden, kommt dies einer Defacto-Teilung des Westjordanlands gleich. Ost-Jerusalem würde von Städten und Gemeinden im Westjordanland isoliert.

Am 13. September meldete sich das Europäische Parlament zu Wort. Es erließ eine Resolution, die Israels Entscheidung, Khan al-Ahmar zu zerstören und umzusiedeln, als einen Verstoß gegen internationale Menschenrechte bezeichnete. Zudem verlangt das Parlament in der Resolution eine Kompensation für die zerstörte Infrastruktur des Dorfes, die mit EU-Mitteln in Höhe von 315.000 € finanziert wurde. Federica Mogherini, Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte, die Zerstörung Khan al-Ahmars gefährde eine mögliche Zwei-Staaten-Lösung. Der Bau israelischer Siedlungen zusammen mit der Zerstörung palästinensischer Häuser schaffe eine Realität, in der nur ein Staat möglich sei, mit ungleichen Rechten für zwei Völker, andauernder Besatzung und Konflikten.

Saeb Erekat, palästinensischer Politiker und Chefunterhändler in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen, erklärte im September,



Die Combatants for Peace organisieren Freizeitaktivitäten für die Kinder von Khan al-Ahmar, um das Leid durch die Ereignisse um sie herum wenigstens für einen Moment etwas zu lindern.

die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO habe eine Klage beim Internationalen Kriegsverichtshof eingereicht, mit der Begründung, dass die Zerstörung Khan al-Ahmars und die Zwangsumsiedlung der Menschen nach internationalem Recht ein Kriegsverbrechen sei.

Am 5. Oktober kamen Schulkinder von Khan al-Ahmar zum Wohnsitz des israelischen Präsidenten Reuven Rivlin in Jerusalem, um friedlich für den Erhalt ihrer Schule zu demonstrieren. „Wenn sie unser Dorf und unsere Schule zerstören, werden wir sie wieder aufbauen. Wir bleiben felsenfest auf unserem Land“, erklärte eine Sechstklässlerin.

Wann und in welcher Form der Räumungsbeschluss in die Tat umgesetzt wird, ist nach wie vor unklar. Die Ungewissheit geht vor allem an den Kindern und Jugendlichen in Khan al-Ahmar nicht spurlos vorbei. „Sie haben Alpträume, Schlafstörungen und nassen sich nachts ein“, berichten Eltern. Ausländern ist der Zugang zum Ort mittlerweile systematisch per Gesetz untersagt. Nach dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Israel wurde Khan al-Ahmar zum militärischen Sperrgebiet erklärt. ■

Auswärtiges Amt zum drohenden Abriss von Khan al-Ahmar

Pressemitteilung vom 05.07.2018

(...) Khan al-Ahmar liegt in der Nähe des strategisch wichtigen E1-Gebietes zwischen Ost-Jerusalem und der Siedlung Ma'ale Adumim, dessen Bebauung die Möglichkeit eines zusammenhängenden palästinensischen Staates erheblich erschweren würde. (...) Der Abriss von Khan al-Ahmar würde die Grundlagen der Zwei-Staaten-Lösung nachhaltig erschüttern. Vor diesem Hintergrund wiederholt die Bundesregierung noch einmal in aller Deutlichkeit ihren Appell an die israelische Regierung, auf die Umsiedlung der Bewohner von Khan al-Ahmar zu verzichten und weitere Abrisse einzustellen.

ERFOLG!!



Der Hambacher Wald darf vorerst nicht gerodet werden!

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat am 5. Oktober dem Eilantrag des BUND stattgegeben. Das bedeutet: Bis über die Klage des BUND rechtskräftig entschieden ist – und das dauert sicher noch Monate –, dürfen im Hambacher Forst keine Bäume gefällt werden.

Eine Atempause für den Hambacher Wald – und für die Protestbewegung ein großer Erfolg und eine riesige Motivation, weiterzumachen. „Wir werden gehört, wenn wir gemeinsam die Stimme erheben!“, ließ der BUND in einer Rundmail verlauten. Und rief zugleich zur nächsten Demonstration am Hambacher Wald auf. 50.000 kamen, um den zwischenzeitlichen Erfolg zu feiern, aber auch um deutlich zu machen: Der Protest geht weiter.

In der Rundmail heißt es weiter: „Noch ist der Ausstieg aus der Braunkohle nicht vollzogen, aber er ist zum Greifen nahe. Wir bleiben dran!“

Das Foto zeigt eine der zahlreichen Protestaktionen der vergangenen Jahre gegen die Rodung des Hambacher Waldes.

„Wir haben in Europa den Markt, die Währung, aber keine Solidarität.“

Europa-Aktivistin Ulrike Guérot
im Gespräch mit
forumZFD-Vorstand
Oliver Knabe

Prof. Dr. Ulrike Guérot

ist Wissenschaftlerin und Europa-Aktivistin. Vor sieben Jahren veröffentlichte sie ein Buch mit dem Aufruf „Warum Europa eine Republik werden muss!“. Seitdem wirbt sie für ihre Idee und erfährt dafür mehr und mehr Zuspruch und Aufmerksamkeit. Mit dem „European Balcony Project“ lädt sie alle Bürgerinnen und Bürger ein, am 10. November um 16 Uhr die Europäische Republik auszurufen.



© privat

Frau Guérot, die Europäische Union ist seit Jahren im Krisenmodus. Nach der Bankenkrise haben wir derzeit im Angebot den Brexit, den Migrationsstreit, Populismus. Wann ist die Hoffnung, die einmal mit Europa verbunden war, verloren gegangen?

Ulrike Guérot: Ja, das ist eine wirklich gute Frage. In den fünfziger Jahren waren alle irgendwie für Europa. Das ist in der Zwischenzeit völlig gekippt. Diejenigen, die damals die Schlagbäume abgerissen haben, kamen unmittelbar aus der traumatisierenden Erfahrung des einen Weltkrieges oder auch der zwei Weltkriege. Sie hatten in den 50er Jahren eine ganz andere Friedenssehnsucht als heute, wo Europa zumindest in weiten Teilen seit 70 Jahren befriedet ist. Nun haben wir ein Europa der sozialen Verwerfungen, ein Europa der Flüchtlingskrise, des Brexit und so weiter. Schätzen wir den Frieden heute noch wert? Das wäre die eine Frage. Das tun wir sicherlich. Aber die andere Frage ist: Was passiert eigentlich in Zeiten, in denen wir den Frieden absolut setzen und die Sachen trotzdem nicht stimmen für die Bürger? Was passiert eigentlich mit dem Frieden, wenn viele Leute darüber nachdenken, dass doch offensichtlich alles trotzdem ganz anders sein müsste?

Die europäische Einigung ist untrennbar mit den Erfahrungen des Krieges verbunden. Ist die Union denn auch heute noch ein Friedensprojekt?

Ulrike Guérot: Wenn Sie Frieden jetzt als die Abwesenheit von Krieg definieren, dann ist die EU noch ein Friedensprojekt. Wenn Sie sagen, der Frieden ist immer auch der soziale Frieden, dann ist die EU heute kein Friedensprojekt mehr. Wir müssen raus aus diesem „die Deutschen zahlen für die Griechen“ oder „die Österreicher zahlen für die Spanier, für die Italiener“ oder was auch immer. Wenn wir eine Demokratie wollen als europäisches Friedensprojekt, dann ist die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger der Preis.

Auf der anderen Seite hören wir immer mehr von der Sicherheits-Union: Sicherheit vor Flüchtlingen, Sicherheit vor Terror, Frontex, Überwachung. „L'Europe, qui protège.“ „Ein Europa, das schützt.“ Das waren die Worte von Emmanuel Macron. Das sind die Worte der österreichischen Ratspräsidentschaft. Das hat auch Kommissionspräsident Juncker gesagt in seiner Rede im September.

Juncker sagte auch: „Europa wird niemals eine Festung sein“, und vervierfacht die Mittel für Grenz-sicherung. Er sagt: „Militarisierung ist nicht zu befürchten“, und spricht zugleich von einer „Verzwanzigfachung der Verteidigungsausgaben“, und er verbindet das mit dem Appell: „Europa muss zusammenstehen.“ Das wirkt wie der verzweifelte Versuch, mit dem Augenmerk auf Bedrohungen von außen von der Zerrissenheit im Inneren abzulenken.

Ulrike Guérot: Seine Lesart lautet: Europa müsse seine Werte verteidigen. Wenn Diskurse sich zu sehr auf Sicherheit und auf Schützen beziehen, dann will man etwas schützen, aber sicherlich nicht die Werte, sondern de facto sein nacktes Leben und das Geld. Und da wünsche ich mir, dass wir hingucken und zumindest ehrlich sind. Je mehr der Europa-Diskurs sich auf Sicherheit bezieht, desto mehr verraten wir die europäischen Werte der Aufklärung, die wir doch eigentlich zu schützen vorgeben.

Sie stehen für eine ebenso radikale wie naheliegende Idee, nämlich die Selbstverständlichkeiten eines Nationalstaats auf Europa zu übertragen: eine europäische Staatsbürgerschaft mit gleichen Rechten bei Wahlen, bei Steuern und Sozialem und ein Parlament, das echte Mitbestimmungsrechte hat. Was gibt Ihnen den Mut, ausgerechnet jetzt mit so einer doch irgendwie verwegenen Idee aufzutreten?

Ulrike Guérot: Wann, wenn nicht jetzt? Eine Krise ist ja der Moment der Entscheidung, ob man leben oder sterben will. Und die eigentliche Frage ist jetzt nur noch: Kommen wir in der Dystopie oder in der Utopie raus? Steuern wir in ein populistisches, autoritäres Regime, obendrauf noch ein bisschen Überwachungsstaat? Oder kriegen wir irgendwie die Kurve und schaffen wir ein anderes Europa: demokratisch, sozial, liberal, offen. Und dafür mache ich einen Vorschlag, den Sie netterweise radikal und naheliegend genannt haben. Denn etwas, das naheliegt, kann gar nicht so radikal sein. Es ist eher normal. Die Frage ist vielmehr, ob das Weitertreiben des heutigen Zustandes, wo wir einen Markt haben und eine Währung, aber keine Demokratie, ob das nicht eigentlich radikal ist.

Drei Sachen sind weitgehend gleich vor dem Recht in der EU: Dienstleistung, Kapital, Güter. Die einzigen, die trotz Personenfreizügigkeit nicht gleich sind vor dem Recht, sind wir Bürgerinnen und Bürger als politische Subjekte. Aber wir sind eigentlich der Souverän. Darum finde ich meine Idee überhaupt nicht radikal. Ich schlage nur vor, das letzte bisschen Stückchen Meter endlich mal zu vollenden und hinter die Rechtsgleichheit von Gütern, Dienstleistungen und Kapital auch die Rechtsgleichheit von Personen zu setzen.

Um diese Idee voranzubringen, haben Sie das European Balcony Project ins Leben gerufen.

Ulrike Guérot: Die Idee war einfach: Wie kann ich den europäischen Bürgerinnen und Bürgern sagen, wir haben das Schicksal Europas in der Hand? Das machen für uns nicht die Staats- und Regierungschefs. Wir sind der Souverän. Wir können es ausrufen. Wir haben 1918 alle möglichen Republiken ausgerufen. Dann machen wir das jetzt einfach 100 Jahre später noch mal. Ich bin tatsächlich selbst überrascht, mit welcher Dynamik diese Idee zum Selbstläufer geworden ist. Jetzt haben wir praktisch jeden Tag drei, vier Theater, die sich anmelden. Aber, was mir sehr wichtig ist: Es geht nicht nur um Theater. Es geht nicht einfach um eine öffentliche Inszenierung, dass irgendwer mal wieder irgendwas im Theater macht. Sondern alles ist Theater. Jeder öffentliche Platz ist Theater. Jeder kann sich einen Stuhl nehmen, auf den öffentlichen Platz stellen, in den Park, auf einem Spielplatz auf die Rutschbahn klettern. Es geht um einen emanzipatorischen Akt der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die da an einem Tag zum gleichen Moment einfach nur diesen einen Sprechakt machen: „Wir sind europäische Bürgerinnen und Bürger. Und wir wollen gleich sein vor dem Recht.“ Das ist der Sprechakt. Das machen wir von Bukarest bis Porto und von Dublin bis Thessaloniki.

Ihre Idee einer Europäischen Republik steht für ein solidarisches Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger die gleichen sozialen Rechte haben. Wie aber denken Sie diese Republik an ihren Grenzen und darüber hinaus angesichts globaler Herausforderungen, wie Klimawandel und Migration? Auch bei diesen Fragen geht es im Kern um Solidarität. Wie also verhält sich diese Republik an ihren Grenzen?

Ulrike Guérot: Das ist eine ganz schwierige Frage. Natürlich ist die Europäische Republik nicht gedacht als Superstaat, der sich abgrenzt gegenüber was auch immer, China, den USA oder, vor allen Dingen, Afrika. Sie ist gedacht als eine Avantgarde nach dem Motto: Irgendwo muss man ja anfangen. Aber anfangen kann ich immer nur bei mir selbst. Und deswegen wollte ich den republikanischen Impetus des europäischen Kontinents wieder aufgreifen: Wir überwinden in Europa den Nationalstaat, den Nationalismus, und dann schauen wir mal, wie wir aus dieser Bewegung in Europa etwas schaffen, was die gleiche Bewegung in der Welt erzeugt. Ich bin fest davon überzeugt, dass das die Aufgabe der Menschheit im dritten Jahrtausend ist.



Europa ist mehr als ein gemeinsamer Markt und eine gemeinsame Währung, sagt Ulrike Guérot.

Der Trend der Zeit ist eine Glokalisierung, also eine neue Verbindung des Lokalen mit dem Globalen. Wir sind, glaube ich, in einem Prozess von Dekonstruktion der heutigen Nationalstaaten. Und ich würde mich einfach freuen, wenn die Europäische Republik, indem sie das hier auf dem Kontinent vordenkt und vormacht, sozusagen einen Beitrag zur weiteren weltgeschichtlichen Entwicklung gibt. Im Grunde ist die Europäische Republik, wenn Sie sie so verstehen, ein erster Schritt in Richtung der Idee einer Weltrepublik.

Der französische Soziologe Marcel Mauss hat in den 1920er Jahren ein sehr gutes Buch geschrieben, das gerade wieder viel Beachtung findet. Er fragt darin: Was ist eine Nation? Nicht Sprache oder Ethnie, sondern eine Nation ist institutionalisierte Solidarität. Das heißt, diejenigen, die in der Solidarität sind, begründen eigentlich eine Nation. In der Europäischen Union haben wir noch keine solche institutionalisierte Solidarität. Im Fall der Griechenlandkrise hat der Bundestag immer wieder diskutiert, ob wir den Griechen nun helfen oder nicht. Institutionalisierte Solidarität wäre das, was Emmanuel Macron jetzt vorschlägt: ein Euro-Zonen-Budget, ein Euro-Zonen-Parlament oder auch eine Europäische Arbeitslosenversicherung.

Welche Akzente sollte aus Ihrer Sicht Deutschland in der Europapolitik in den nächsten Monaten setzen, damit die Union noch eine Chance hat?

Ulrike Guérot: Ich würde tatsächlich vorschlagen, wir fangen mit einem europäischen Wählerregister an. Wir zählen einfach mal alle Bürger von A bis Z. Das haben wir ja nicht. Wenn wir gemeinsam wählen wollen, was eine Voraussetzung wäre für eine gemeinsame Demokratie, dann bräuchte man ein europäisches Wählerregister. Was wir heute haben, ist zwar eine geheime, allgemeine und direkte Wahl zum Europäischen Parlament, aber keine gleiche. Wir wählen das Europäische Parlament nicht zu gleichen Bedingungen. Darum wäre das meine erste Forderung.

Sie scheinen eher zuversichtlich auf Europa zu blicken. Was ermutigt Sie im Moment am meisten?

Ulrike Guérot: Ich blicke nicht zuversichtlich auf Europa. Ich halte es eher mit Václav Havel: „Hoffnung ist nicht, dass die Dinge besser werden, sondern dass man das Richtige tut, auch wenn sie nicht besser werden.“ Das mache ich. Ich säe diese Idee einer europäischen Republik, auch in diesem Interview. Damit überzeuge ich vielleicht wieder 10, 20 Leserinnen und Leser. Ich möchte auf diese Weise den Boden bereiten für ein neues Europa, das zu dem Zeitpunkt kommen wird, wenn die Zeit reif ist. Diesen Zeitpunkt kann ich nicht erzwingen. Aber was nicht gedacht ist, kann nicht werden.

Woher nehmen Sie die Energie, die Sie in dieses Projekt hineinstecken?

Ulrike Guérot: Ich habe 2012 eine Postkarte mit der Idee gehabt, sieben Jahre später habe ich ein Lab, ein Institut, eine Professur, ein paar Bücher auf dem Markt, Hunderte von Interviews und Artikeln und Interviewanfragen ohne Ende. Offensichtlich ist das wie bei Mayonnaise, immer ein Tropfen Öl dazu und die Mayonnaise geht auf. Und das Einzige, was ich tue, ist, den Boden für ein plausibles, anderes, demokratisches, soziales Europa zu bereiten, in der Hoffnung, dass wenn der Weltgeist wieder so ein Fenster der Geschichte aufmacht, die Republik vielleicht durch die Tür kann. Der Plan für den Euro wurde 1970 erdacht. Der hat schlappe 19 Jahre gebraucht, um durch die Tür der Geschichte zu gehen, als die deutsche Wiedervereinigung kam. Und so verstehe ich meine Republik. Als eine Idee, von der man schon mal weiß. Die in vielen Schubladen liegt. Von der viele schon gehört haben. Und wenn die Tür der Geschichte aufgeht, dann hoffe ich natürlich, dass die Europäische Republik durch die Tür kommt.

Ganz herzlichen Dank für das Gespräch, Frau Guérot.

Immer mehr Initiativen für ein demokratisches und soziales Europa gehen an die Öffentlichkeit, wie zum Beispiel beim „March for a new Europe“ am 23. Juni 2018 in Berlin und anderen Städten.



Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 3. Dezember das Lösungswort und gewinnen Sie ein Paket unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendenden des Lösungswortes lösen wir drei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner aus.

Die Rätselfragen:

1. Lat.: Frieden
2. Staat in Mittelamerika ohne Militär
3. Gedenktag am 1. September jedes Jahres
4. Hauptstadt Ukraine
5. Kürzlich verstorbener ehemaliger UN-Generalsekretär
6. Wahl am 23.05.2019
7. Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats
8. Wer wählt den Bundespräsidenten?
9. Erster deutscher Friedensnobelpreisträger
10. Eine Fluchtursache
11. Deutscher Rüstungskonzern
12. Demokratieform
13. Organisation für medizinische Nothilfe
14. Abk. Flüchtlingskommissariat der UN
15. Nahrungsmittelkonzern in der Kritik
16. Effekt, der zum Klimawandel beiträgt
17. Staat mit dem größten Kohlenstoffdioxid-Ausstoß
18. Friedenssymbol
19. Einsatzland des forumZFD in Südostasien
20. Plan zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg
21. Souveräner Staat in Europa seit 2008

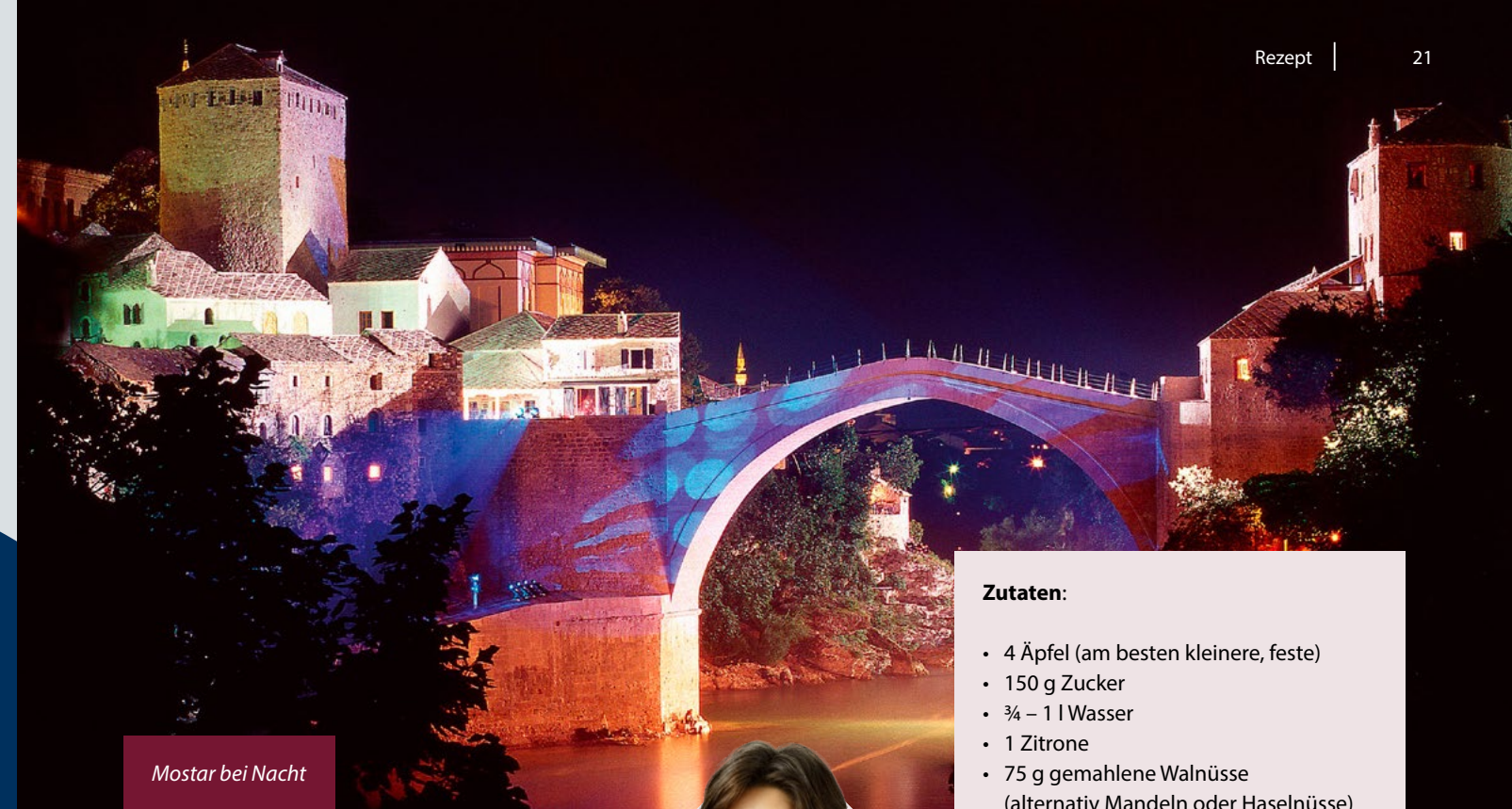


Die Auflösung des Rätsels
finden Sie ab dem
4. Dezember unter
www.forumZFD.de/raetsel.



Informationen
zu unserem fair
gehandelten
Friedenskaffee
finden Sie auf:
[www.forumZFD.de/
publikation/
friedenskaffee](http://www.forumZFD.de/publikation/friedenskaffee)

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25



Mostar bei Nacht



Tufahija

Tufahija ist in etwa die bosnische Version eines Bratapfels. Sie wird jedoch gekocht und kalt genossen. Die vor allem in Bosnien beliebte Nachspeise kam höchstwahrscheinlich zur Zeit des Osmanischen Reichs aus Persien auf den Balkan. Tufahija passt hervorragend zum starken bosnischen Kaffee, bei dem das Kaffèepulver mit dem Wasser zusammen aufgekocht wird.

Dieses weihnachtliche Rezept hat uns unsere Kollegin Judith Brand verraten. Sie leitet unser Programm in Bosnien und Herzegowina und lebt schon seit vielen Jahren in Sarajevo. ■



Zutaten:

- 4 Äpfel (am besten kleinere, feste)
- 150 g Zucker
- $\frac{3}{4}$ – 1 l Wasser
- 1 Zitrone
- 75 g gemahlene Walnüsse (alternativ Mandeln oder Haselnüsse)
- Schlagsahne
- etwas Zimt
- Honig
- 4 eingelegte Kirschen oder Sauerkirschen

Zubereitung:

Zuerst werden die Äpfel geschält und entkernt, die Schalen werden beiseitegelegt und aufgehoben. Anschließend wird das Wasser mit 50 g Zucker und etwas Zitrone aufgekocht und nach Wunsch mit ein wenig Zimt verfeinert. Die Äpfel sollten etwa 10 Minuten köcheln – bis sie weich sind, aber nicht zerfallen. Die Äpfel werden zum Abkühlen aus dem Wasser genommen. In der Zwischenzeit kommen der restliche Zucker und die Apfelschalen ins Wasser und werden solange geköchelt, bis sich der Sirup leicht eindickt.

Als Nächstes wird die Sahne steif geschlagen. Diese wird mit gemahlenden Nüssen, Zimt, etwas Zuckerwasser und nach Wunsch Honig zu einer Paste verrührt. Die ausgekühlten Äpfel werden mit der Paste befüllt. Abschließend werden die gefüllten Äpfel mit Sirup bzw. Zuckerwasser übergossen und mit etwas Zimt und Schlagsahne verziert.

Ganz traditionell kommt noch eine eingelegte Kirsche oder Sauerkirsche obenauf.



Mehr Geld für den Zivilen Friedensdienst!

Zum UN-Weltfriedenstag am 21. September fordert das Konsortium Ziviler Friedensdienst die Bundesregierung auf, mehr Mittel in die zivile Friedensarbeit zu investieren. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung widerspricht den Ankündigungen im Koalitionsvertrag: Seit 2017 stagnieren die Mittel für den ZFD, während die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt ansteigen. „Das aktuelle Einfrieren des Budgets (...) kommt (...) einer realen Reduzierung (...) gleich“, so Martin Vehrenberg, Sprecher des Konsortiums. Das Konsortium ZFD hatte eine Erhöhung von derzeit 45 Mio. auf 55 Mio. € vorgeschlagen.

www.ziviler-friedensdienst.org/de/aktuelles/un-weltfriedenstag-zivile-krafte-starken



forumZFD goes EU

Im September reisten forumZFD-Vorstand Oliver Knabe, Christoph Bongard und Richard Klasen nach Brüssel und besuchten dort unter anderem eine Sitzung des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Ein „ausgezeichnetes Gespräch“ hatten sie mit Arne Lietz, SPD-Abgeordneter des Europäischen Parlaments, wie er selbst sagt. Es ging um die Frage, wie zivile Krisenprävention durch Europa weltweit gestärkt werden und was eine EU-weite Rüstungskontrollpolitik bewirken könnte.

Vergangenheitsarbeit in Kosovo

Eine bunte Mischung aus neuen Erkenntnissen, innovativen, multiperspektivischen Ansätzen, provokanten Ideen, gemeinsamem Lachen und lebhaften Debatten beschreibt die Konferenz „Revisiting Dealing with the Past and Transitional Justice in the Balkans“, die vom 20.–22.09. an der Universität Pristina im Kosovo stattfand. Ebenso bunt gemischt waren die Teilnehmenden: Lokale und internationale Wissenschaftlerinnen und Studenten kamen mit Praktizierenden aus diversen akademischen sowie praktischen und theoretischen Arbeitsbereichen zusammen.



Für eine Politik der Vernunft – Geschäftsbericht 2017

Als Reaktion auf die lauter werden Stimmen für mehr nationale Abschottung und Aufrüstung haben wir im vergangenen Jahr die Kampagne „Für eine Politik der Vernunft: Aufrüstungsspirale stoppen – Frieden und Gerechtigkeit fördern“ initiiert. In welchen Feldern das forumZFD außerdem tätig war und wie die finanziellen Mittel eingesetzt wurden, haben wir in unserem jährlichen Geschäftsbericht für das Jahr 2017 veröffentlicht. www.forumZFD.de/geschaeftsbericht



So geht Nachhaltigkeit!

Neun zivilgesellschaftliche Verbände, darunter die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, haben im September einen Schattenbericht zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda in Deutschland veröffentlicht. Der Bericht dokumentiert 17 Vorzeigeeinitiativen und Projekte, wie wir uns in Deutschland und in der Welt sozial gerechter und ökologisch sauber organisieren können. So werden die Ziele für nachhaltige Entwicklung greifbar und konkret.

www.forumZFD.de/bericht-veroeffentlicht-so-geht-nachhaltigkeit



Volksabstimmung in Mazedonien

Am 30. September war die Bevölkerung unseres Projektlands Mazedonien aufgerufen, über die Änderung ihres Landesnamens abzustimmen. Hintergrund war ein jahrelanger Streit aufgrund der gleichnamigen griechischen Provinz: Als Druckmittel legte Griechenland immer wieder Veto gegen einen NATO- und EU-Beitritt seines Nachbarn ein. Das Referendum in Mazedonien scheiterte – die Wahlbeteiligung war mit nur 36,9 % zu gering. 91,3 % der gezählten Stimmen waren allerdings für die Namensänderung in „Republik Nord-Mazedonien“. Die will nun das Parlament durchsetzen.

Flagge: © Theofilos Papadopoulos, flickr, CC BY-NC-ND 2.0

EU: Militärausgaben sollen immens wachsen



In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über die Pläne der Europäischen Union, ihre Außenpolitik neu auszurichten. Die Pläne für den neuen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 bilden die neuen Prioritäten ab:

Demnach sind rund 30 Mrd. € für den Ausbau des militärischen Sektors vorgesehen. Mit 13 Mrd. € sollen Rüstungsfirmen mit Sitz in der EU subventioniert werden, weitere 6,5 Mrd. € für militärische Mobilität und 10,5 Mrd. € für die militärische Ertüchtigung der Armeen von Drittstaaten vorgesehen.

Der Beitrag zur Förderung der zivilen Friedensförderung soll hingegen von bislang 2,3 Mrd. € auf nur noch 1 Mrd. € schrumpfen.

Angesichts dieser Zahlen klingt es wie Hohn, wenn EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner letzten Rede zur Lage der Europäischen Union die EU einen „Garanten des Friedens“ nannte und in der gleichen Rede eine Verzwanzigfachung der Europäischen Verteidigungsausgaben in Aussicht stellte.

Das forumZFD stellt sich gegen diese Pläne: In Briefen an den Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth sowie an Abgeordnete im Europäischen Parlament hat sich das forumZFD im Oktober für eine Stärkung ziviler Friedensförderung eingesetzt und vor einer Aufrüstung und Militarisation der Europäischen Union gewarnt.

Haushalt 2019: Bundesregierung will beim Frieden sparen

Der Zivile Friedensdienst soll 2019 laut den Plänen der Bundesregierung finanziell nicht bessergestellt werden: Mit 45 Mio. € bleibt es bei der gleichen Förderhöhe wie im Jahr 2018. Das forumZFD fordert gemeinsam mit weiteren Trägern des Zivilen Friedensdienstes eine Erhöhung dieses Titels um 10 Mio. €. Auch andere Regierungsprogramme mit dem Fokus Zivile Konfliktbearbeitung wie das Förderprogramm zivik verharren auf dem Stand der Vorjahre oder müssen sogar mit Mitteleinbußen rechnen.

Das ist nicht nur aufgrund der zunehmenden Anzahl von Konflikten weltweit unverständlich: Die Bundesregierung hat sich mehrfach zu einer aktiven Friedenspolitik bekannt, etwa mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung oder den im vorigen Jahr verabschiedeten Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern.“ Auch im Koalitionsvertrag bekannte sich die Bundesregierung dazu, „die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (...) angemessen zu erhöhen“.

Mit einem Zuwachs von 4 Mrd. € darf hingegen das Verteidigungsministerium rechnen. Das ist ein fatales Signal

angesichts der weltweiten Wettrüstungsdynamik und der messbaren Erfolge ziviler Friedensförderung.

Infoblatt des Bundes für Soziale Verteidigung „Zivile Konfliktbearbeitung: Wie viel gibt der Bund dieses Jahr dafür aus?“ Bestellbar unter: www.soziale-verteidigung.de

Friedensförderung lohnt sich!

Quelle: zfd Ziviler Friedensdienst



* Als direkte oder indirekte Konfliktkosten in das Modell eingeflossen sind die mit Todesopfern, Verletzten und Eigentumszerstörung assoziierten Kosten, Fluchtkosten und Einbrüche im Bruttoinlandsprodukt des konfliktbetroffenen Landes.

Astrid Lindgren: Niemals Gewalt!

Die Kinder von heute werden einst über Krieg und Frieden bestimmen

1978 erhält die berühmte schwedische Kinderbuchautorin Astrid Lindgren den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. 2017 veröffentlicht der Oetinger Verlag ihre Rede anlässlich der Preisverleihung unter dem Titel „Niemals Gewalt“ in einem kleinen Buch. Neben der Autorin selbst kommen die Journalistin Dunja Hayali und Silke Weitendorf, Verlegerin des Oetinger Verlags, zu Wort.

Wenn auch der Blickwinkel heute ein anderer sein mag, Astrid Lindgrens Worte haben – auch 40 Jahre später – nichts von ihrer Strahlkraft und Aktualität verloren. Sie widmet sich einem damals heiklen Thema, das auch in unserem Jahrtausend und überall auf der Welt noch allzu präsent ist: Gewalt an Kindern.



Niemals Gewalt!

Von Astrid Lindgren
Oetinger Verlag, 2017
76 Seiten, Hardcover, 5,00 €
ISBN 978-3-7891-0789-4

„Die jetzt Kinder sind, werden ja einst die Geschäfte unserer Welt übernehmen, sofern dann noch etwas von ihr übrig ist. Sie sind es, die über Krieg und Frieden bestimmen werden.“

Astrid Lindgren verbindet eine klare, einfache Sprache mit anschaulichen, vielmehr eindringlichen Beispielen. Sie stellt die Fähigkeit unserer Welt zum Frieden infrage. Dennoch: Ihre Rede drückt Hoffnung aus, ohne naiv zu klingen. Und letztendlich richtet sie ihren Appell an uns alle: Niemals Gewalt!

Einen Einblick in die Hintergründe des Schaffens von Astrid Lindgren gibt Verlegerin Silke Weitendorf in ihrem Nachwort. „Wie wird eine so?“, fragt sie sich. Auf der Suche nach Antworten folgt sie fünf Spuren in Lindgrens Kindheit und den Geschichten aus ihren Büchern.

„Niemals Gewalt!“ ist Mahnung, Anregung zum Nach- und Umdenken und Biografie in einem. Ein inspirierendes Buch der klaren Worte, das sich wunderbar als Geschenk oder Abendlektüre in der Weih-nachtszeit eignet.

Astrid Ericsson

wird am 14. November 1907 auf Näs im schwedischen Småland geboren. Nach der Schule beginnt sie ein Volontariat bei einer Lokalzeitung, wird aber kurze Zeit später unehelich schwanger. Da sie nicht heiraten möchte, geht sie nach Stockholm, wo sie ihren Sohn bekommt und als Sekretärin arbeitet. Später heiratet sie Sture Lindgren, mit dem sie eine Tochter bekommt.



© efrainstochter, pixabay, CCO

1944 schreibt sie die erste Geschichte über Pippi Langstrumpf für ihre Tochter (deutsche Erstausgabe 1949). Mit ihrem Buch gewinnt sie den Wettbewerb eines schwedischen Verlags. Zwei Jahre später übernimmt sie dort die Leitung der Kinderbuchabteilung. Neben ihrer Tätigkeit als Autorin engagiert sich Astrid Lindgren zeitlebens und unerschrocken für Frieden, für Kinder mit Behinderung, für den Tierschutz und für Steuergerechtigkeit. Für ihr Gesamtwerk erhält sie zahlreiche Preise und Auszeichnungen, darunter der Alternative Nobelpreis.

Am 28. Januar 2002 stirbt Astrid Lindgren im Alter von 94 Jahren in Stockholm.

Eine Kultur des Friedens braucht Strukturen

Ein Gespräch mit der Stifterin und Friedensforscherin Hanne-Margret Birckenbach



von Thomas Oelerich

Die Mitgründerin der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst, Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Jahrgang 1948, ist Politologin und Professorin für Europastudien. Die Schwerpunkte ihres Forschens und Lehrens sind umfangreich: Europäische Politik, vor allem bezogen auf Ost- und Nordosteuropa, internationale Organisationen, das Verhältnis von EU und Russland, Menschenrechtspolitik, Minderheitenkonflikte, Friedens- und Konfliktforschung.

Ich treffe Hanne-Margret Birckenbach Mitte September bei hochsommerlichen Temperaturen im Foyer des Museum Ludwig, in unmittelbarer Nähe zum Kölner Dom. Ihre berufliche Laufbahn mit vielen Lehraufträgen beeindruckt ebenso wie das, was sie neben der Lehrtätigkeit noch alles gemacht hat. Nach dem Studium in Frankfurt und der Promotion in Berlin gehörten ein Abstecher als Mitarbeiterin in der Grünen-Fraktion in Bonn und ihr Mitwirken als Gutachterin in einem Prozess gegen einen jungen Mann, der Soldaten als potenzielle Mörder bezeichnet hatte, zu ihren beruflichen Stationen. Der junge Mann wurde freigesprochen. Auch eine Ausbildung zur Mediatorin hat sie durchlaufen. Seit einigen Jahren macht die vielfältig engagierte Friedensforscherin mit dem Konzept der Friedenslogik als konstruktiver Alternative zu einer vorherrschenden Sicherheitslogik auf sich aufmerksam.

Promoviert hat Hanne Birckenbach vor fast 35 Jahren über das Thema „Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen“. Das war 1984. Bereits 1971 hatte sie als Studentin gemeinsam mit ihrem Studienfreund und späteren Mann Christian Wellmann, der 2013 plötzlich starb, die Zeitschrift „antimilitarismus-information“ (ami) gegründet und dann mit vielen anderen studentischen Redaktionsmitgliedern herausgegeben. Dieser Informationsdienst, der 33 Jahre erschien, fasste monatlich zusammen, was man aus öffentlichen Quellen über die Militär- und Rüstungsentwicklung sowie über Kriegsdienstverweigerung und Friedensbewegung wissen konnte, und veröffentlichte wissenschaftliche Beiträge und Rezensionen aus den Themenbereichen der in den 1970er Jahren ebenfalls erst entstehenden Friedens- und Konfliktforschung.

Hanne Birckenbach ist nach Köln gekommen, um am Folgetag an einem Workshop des forumZFD zum Thema „Wie retten wir das Friedensprojekt Europa?“ teilzunehmen. Hintergrund unseres Gespräches: Ich möchte gerne mehr darüber erfahren, warum sie Ende 2014 zusammen mit elf weiteren Personen die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst ins Leben gerufen hat. Bereits einige Jahre zuvor hatte sie wie über 50 weitere Personen gemeinsam mit ihrem Mann Christian Wellmann das forumZFD über ein zinsloses Darlehen dabei unterstützt, das Gebäude der Geschäftsstelle in Köln-Ehrenfeld, das „Friedenshaus Am Kölner Brett“, ▶



Eintreten für pazifistische Positionen schon in Studententagen: Hanne-Margret Birckenbach beim Verteilen des Heftes „antimilitaristische informationen“ auf einer Friedensdemonstration im Jahr 1983.

erwerben zu können. Das damalige Darlehen widmete sie als Anteil in das Gründungskapital der Stiftung um. „Seither verfolge ich über das MAGAZIN des forumZFD regelmäßig, wie sich die Stiftung offenbar sehr positiv entwickelt hat. Auch wenn ich im letzten MAGAZIN gelesen habe, dass das Stiftungskapital auf über 350.000 € angewachsen ist, muss es ein Ziel bleiben, weiteres Stiftungskapital zu gewinnen. Nur dann ermöglichen die jährlichen Erträge einen wirklich Betrag, mit dem die Friedensarbeit des forumZFD substanziell unterstützt werden kann.“ In den ersten vier Jahren seit Gründung der Stiftung lag die jährliche Fördersumme für die Friedensarbeit des forumZFD durch die Stiftung im Durchschnitt bei 5.000 €.

Auf die Frage, ob sie sich als Pazifistin verstehe, ist die Antwort eindeutig. In Anlehnung an den kategorischen Imperativ von Immanuel Kant begründet sie mit der Goldenen Regel der praktischen Ethik „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füge keinem anderen zu“, warum sie jegliche Gewalt ablehnt. So ist sie fest davon überzeugt, dass auch revolutionäre Gewalt, die sich aus vermeintlich ehrenwerten moralischen oder ethischen Beweggründen gegen Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeit wendet, letztlich immer nur wieder Gewalt hervorbringt, weil die Tiefenstrukturen als Ursachen für gewalttätiges Handeln nicht angegangen werden. In der Geschichte habe es dafür unzählige Beispiele gegeben. Gegenbeispiele sind rar. Diese pazifistische Grundhaltung ist auch der Grund dafür, warum sie als Wissenschaftlerin ihren Schwerpunkt auf die Frage gerichtet hat, unter welchen Bedingungen Frieden möglich ist und was man über die Logik der Friedensstiftung wissen kann. „An der Arbeit des forumZFD und der Stiftung gefällt mir, dass sich die Organisationen in Zeiten wie heute nicht scheuen, für pazifistische Positionen einzutreten, und sich für gewaltfreie Konzepte zu Erreichung von Frieden starkmachen.“ Im Gespräch macht sie außerdem deutlich, dass sie sich eine bessere Kooperation mit der Friedensforschung wünscht und es wichtig

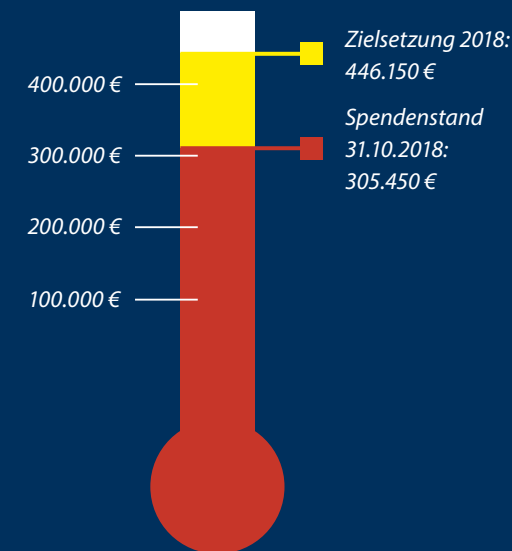
sei, dass in der Friedenspraxis von dem mittlerweile umfangreich vorhandenen Wissen der Friedensforschung viel mehr Gebrauch gemacht wird. Den Ansatz im forumZFD, eine Verbindung von Theorie und Praxis in der Friedensarbeit herzustellen, beurteilt sie positiv.

Zum Ende des Gesprächs formuliert sie einen Wunsch für die weitere Arbeit der Stiftung: „Es würde mir gefallen, wenn die Stiftung noch sichtbarer machen könnte, welche Art von Friedensarbeit von ihr gefördert wird, die ohne die Stiftung nicht realisiert werden könnte, weil öffentliche Förderrichtlinien sich dagegen sperren oder der politische Wille noch fehlt, in Projekte zu investieren, die neue friedenspolitische Perspektiven eröffnen und Strukturen der Friedensarbeit festigen.“ Dadurch würde, so vermutet sie, die Attraktivität der Stiftung erhöht. Noch viel mehr Menschen könnten sich angesprochen fühlen, mit einer Zustiftung in alternative Friedenskonzepte zu investieren, die ja nicht nur Veränderungen in den Krisenländern, sondern auch in Deutschland und Europa voraussetzen. Der Stiftung wünscht sie weitere Unterstützerinnen und Unterstützer, damit dieses geschaffene Förderinstrument als ein nachhaltiger Baustein für eine Kultur des Friedens wirken kann.



Wie Sie das forumZFD unterstützen können

Spendenbarometer



Spendenkonto des forumZFD

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX

Transparenz

Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/transparenzinitiative



Damit verpflichten wir uns offenzulegen, welche Ziele wir als Organisation verfolgen, woher unsere Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer darüber entscheidet. Jedes Jahr prüft eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unseren Jahresabschluss. Das Kölner Finanzamt prüft zudem alle drei Jahre die Steuerbefreiung und damit die Berechtigung zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen.

Online-Banking / Ihre Spende übers Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung schicken können. Nähere Informationen finden Sie unter www.forumZFD.de/spenden.

Regelmäßige Spenden

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem MAGAZIN.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder. Der Beitrag liegt bei 180,00 € im Jahr / ermäßigt 90,00 €.

Spendenbescheinigung ab 50 €

Wir stellen für Spenden ab 50 € mit Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung für Sie aus. Dafür benötigen wir unbedingt Ihre vollständige Anschrift. Sollten Sie mehr als einmal im Jahr gespendet haben, erhalten Sie eine sogenannte „Sammelbestätigung“ über alle Spendenbeträge.

Adress- und Namensänderungen mitteilen!

Sollte sich Ihre Adresse geändert haben, bitten wir Sie um eine kurze Information per Telefon **0221 – 91 27 32-0** oder per E-Mail an kontakt@forumZFD.de.

Ihr Ansprechpartner

Bei Fragen zu Spenden oder zur Stiftung wenden Sie sich bitte an **Thomas Oelerich** per Telefon **0221 – 91 27 32-32** oder per E-Mail oelerich@forumZFD.de.

Allen Spenderinnen und Spendern gilt unser herzlicher Dank!



Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
www.stiftung-forumZFD.de

Spendenkonto Stiftung:
IBAN DE30 3702 0500 0001 4123 00

**„Für eine gute Tat
ist es niemals zu früh
und selten zu spät.“**

John Webster

Ihr Ansprechpartner ist
Thomas Oelerich
Referent für Kommunikation
und Fundraising
Telefon 0221 – 91 27 32-32
E-Mail oelerich@forumZFD.de



*„Friede ist nicht nur das Gegenteil von Krieg,
nicht nur der Zeitraum zwischen zwei Kriegen.
Friede ist mehr. Friede ist das Gesetz menschlichen Lebens.
Friede ist dann, wenn wir gerecht handeln
und wenn zwischen jedem einzelnen Menschen
und jedem Volk Gerechtigkeit herrscht.“*

Indianische Weisheit der Mohawk



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufagiorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX